1. Wie stehen Sie heute zur elektrischen Speicherheizung und ihrer künftigen Rolle im Stromnetz?

Speichertechnologien, auch elektrischen Speicherheizungen, kommen in der zukünftigen Stromversorgung viele Funktionen zu. Sie können die Stromerzeugung aus Solar- und Windenergieanlagen glätten und damit deren Vermarktungs- und Systemverträglichkeit erhöhen. Sie können zur Versorgungssicherheit beitragen. Sie ermöglichen Eigenversorgungskonzepte, können Netze entlasten und zur Glättung von Strompreisspitzen beitragen. Stromspeichertechnologien sind also für den Erfolg der Energiewende von großer Bedeutung.

2. Welche administrativen und politischen Schritte werden Sie in die Wege leiten, um den oben beispielhaft genannten Modellversuchen zum Durchbruch zu verhelfen?

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Sektorenkopplungen weiterentwickeln. Steuerung von Produktion und Nachfrage sowie die Verknüpfung der Stromerzeugung mit Bereichen wie Verkehr, Gebäude und Wärme (sogenannte Sektorenkopplung) gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dadurch lassen sich Kosten wirksam begrenzen und die Versorgungssicherheit weiter erhöhen.

3. Auf welche Langzeitspeichermöglichkeiten setzen Sie für die Zukunft?

Es gibt bereits Langzeitspeichertechnologien, wie Power-to-Gas-Technologien, die derzeit schon zum Einsatz kommen. Die Politik muss den Rahmen setzen, damit Langzeitspeichertechnologien zum Einsatz kommen. Welche Technologie zum Einsatz kommt, muss dann der Markt entscheiden.

4. Halten Sie den Ausstieg aus konventionellen Kraftwerken für möglich bzw. welchen Zeitraum sehen Sie bis zur Stilllegung?

Die Klimaschutzziele erreichen wir nur dann, wenn wir die konventionellen Kraftwerke schrittweise durch erneuerbaren Energien und andere CO2-freie Technologien ersetzen. Der Europäische Emissionshandel, der die CO2-Emissionen im Energiesektor schrittweise immer stärker begrenzt, wird das Tempo dieses Umstiegs bestimmen.

5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine ambitioniertere Reduktion der CO2-Emissionen im Heizungsbereich zu bewirken?

Wir setzen auf Anreize statt auf Zwang und Verbote, um Fortschritte beim Klimaschutz im Wärmemarkt zu erreichen. So fördern wie eine Reihe von klimafreundlicher Heiztechnologien, wie die Wärmepumpe und die Solarthermie, aber auch die Effizienz-Verbesserungen bestehender Heizsysteme.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die CO2-Emissionen im Wärmebereich spürbar zu reduzieren, ohne den Weg in die von CO2-Emissionen freie Zukunft zu verbauen?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um die CO2-Emissionen im Wärmebereich spürbar zu reduzieren. Wir setzen uns jedoch für einen technologieoffenen Ansatz ein, mit dem Ziel, dass die effizientesten und wirtschaftlichsten CO2-Vermeidungstechnologien zum Einsatz kommen. Von zunehmender Bedeutung ist auch der Einsatz von erneuerbaren Strom im Wärmesektor.

7. Wie wollen Sie die Benachteiligung Baden-Württembergs beim Ausschreibungsverfahren künftig kompensieren?

Mit der Einführung der Ausschreibung bestimmt nicht mehr die Politik, sondern der Markt die Höhe der Förderung. So werden Überförderungen vermieden und vor allen die wirtschaftlich sinnvollen, also windstarken, Standorte genutzt. Das hat dazu geführt, dass in der ersten Ausschreibungsrunde für Windenergie an Land keine Anlage aus Baden-Württemberg zum Zuge gekommen ist. Dies zeigt, dass sich Baden-Württemberg stärker auf den Ausbau anderer erneuerbarer Technologien konzentrieren sollte, wie z.B. Photovoltaik.

8. Sehen Sie Möglichkeiten den Süden beschleunigt mit überschüssigem Windstrom aus dem Norden zu versorgen, z.B. durch schnelleren, unseres Wissens auch weniger problematischen Ausbau der Westleitung von Wilhelmshafen nach Philippsburg ("Ultranet")?

Der Netzausbau ist Teil des Energiewendepakets und zwingend erforderlich. Wer den Netzausbau blockiert, verteuert und gefährdet unsere Energieversorgung. Denn es bringt nichts, immer mehr Windenergie auszubauen, zeitgleich aber den zum Abtransport notwendigen Netzausbau zu blockieren. Am Ende muss der Stromkunde für stillstehende Windräder zahlen. Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren Energien müssen daher dringend synchronisiert werden. Bundesländer, die beim Netzausbau auf der Bremse stehen, müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden. Regulatorische Rahmenbedingungen sollten so angepasst werden, dass die Stromnetze so optimiert werden können, dass sie noch mehr Strom aufnehmen können, ohne dabei die Versorgung zu gefährden.

9. Sind Sie bereit die EEG-Umlage aus dem Strompreis herauszunehmen und anders zu regulieren und auch die Stromsteuer in die Strompreisprüfung einzubeziehen?

Die Höhe des Strompreises ist in der Tat eine große Herausforderung. Wir sollten jedoch nicht nur Verteilungsdebatten führen, sondern die Energiewende effizienter gestalten und schauen, wo wir Kosten einsparen können. So könnten sich noch mehr Solaranlagen an der Ausschreibung beteiligen. Die Null-Cent-Ergebnisse bei der Offshore Windenergie zeigen, dass die Ausschreibungen zu erheblichen Kostensenkungen führen können. Wir müssen außerdem beim Netzausbau Fortschritte machen, damit wir die Redispatch-Kosten in den Griff bekommen. Ohne Netze darf es auch keinen Ausbau der erneuerbaren Energien geben.

10. Wie stehen Sie zu einem gut funktionierenden europaweiten Stromnetz und in diesem Zusammenhang zur Forderung eines offenen Strommarktes in der EU?

Deutschland ist Teil des europäischen Strombinnenmarkts. Deshalb sind der europaweite Ausbau der Stromnetze und die Vertiefung des Binnenmarkts elementar, um die verschiedenen nationalen Strommärkte noch stärker miteinander zu koppeln. So können wir vom europaweiten Stromaustausch profitieren und beispielsweise in Zeiten, in denen viel erneuerbarer Strom produziert wird, unseren Strom in die Nachbarstaaten exportieren.